

effet, des problèmes d'administration importants peuvent surgir si plusieurs caisses participent à la même opération en cas de faillite d'un employeur. Le monopole n'est que rarement bon, mais dans ce cas il apporte une simplification du système.

C'est la raison pour laquelle la majorité de la commission a raison.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 28 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 6 Stimmen

Art. 59 Abs. 3bis, 3ter

Antrag der Kommission

Streichen

Art. 59 al. 3bis, 3ter

Proposition de la commission

Biffer

Beerli Christine (R, BE), für die Kommission: Hier beantragt Ihnen die Kommission, die vom Nationalrat neu eingefügten Absätze 3bis und 3ter zu streichen. Es würde darum gehen, dass ausgesteuerte Arbeitslose erneut in Massnahmen gemäss Artikel 59b bis 71d integriert werden könnten. Das ist eine Frage des Prinzips, die keine grossen kostenmässigen Auswirkungen hätte, weil in Absatz 3ter vorgesehen ist, dass 80 Prozent dieser Kosten zulasten der Kantone und nur 20 Prozent zulasten der Arbeitslosenversicherung gehen würden. Aber wenn man dies einführen wollte, würde es doch das ganze klare Prinzip durcheinander bringen und Verwirrung zwischen den Aufgaben der Fürsorge und den Aufgaben der Arbeitslosenversicherung stiften. Wir bitten Sie daher um der Klarheit willen, diese beiden Absätze zu streichen.

Angenommen – Adopté

Art. 59a Bst. a; 59d

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 59a let. a; 59d

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Beerli Christine (R, BE), für die Kommission: Bei Artikel 59a Litera a und auch bei Artikel 59d bitte ich Sie, dem Nationalrat zu folgen. Hier wurde einfach eine Umdisponierung innerhalb der Artikel vorgenommen.

Angenommen – Adopté

Art. 60 Abs. 5–7

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 60 al. 5–7

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Beerli Christine (R, BE), für die Kommission: Auch hier bitte ich Sie, dem Nationalrat zu folgen. Der Artikel 60 Absätze 5 und 6 wurde einfach in Artikel 59d aufgenommen.

Angenommen – Adopté

Art. 85b Abs. 4; 85d Abs. 2; 85f Abs. 1 Bst. d, fbis, Abs. 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 85b al. 4; 85d al. 2; 85f al. 1 let. d, fbis, al. 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Beerli Christine (R, BE), für die Kommission: Bei Artikel 85b und ebenso bei den Artikeln 85d und 85f bitten wir Sie, dem Nationalrat zu folgen.

Angenommen – Adopté

Le président (Cottier Anton, président): Nous avons déjà traité l'article 90c alinéa 1er en rapport avec l'article 3.

Ziff. II Art. 35a Abs. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. II art. 35a al. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Beerli Christine (R, BE), für die Kommission: Auch bei Artikel 35a Absatz 1 des Arbeitsvermittlungsgesetzes bitten wir Sie, dem Nationalrat zu folgen.

Angenommen – Adopté

Ziff. III

Antrag der Kommission

Mehrheit

Festhalten

Minderheit

(Studer Jean, Brunner Christiane, Saudan)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. III

Proposition de la commission

Majorité

Maintenir

Minorité

(Studer Jean, Brunner Christiane, Saudan)

Adhérer à la décision du Conseil national

Le président (Cottier Anton, président): La décision prise à l'article 3 est également valable pour cette disposition.

Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit

Adopté selon la proposition de la majorité

Ziff. IV Abs. 2, 3

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Ch. IV al. 2, 3

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

00.086

Lehrstellen-Initiative. Volksinitiative

Initiative pour des places d'apprentissage. Initiative populaire

Zweitrat – Deuxième Conseil

Botschaft des Bundesrates 25.10.00 (BBl 2001 97)

Message du Conseil fédéral 25.10.00 (FF 2001 85)

Nationalrat/Conseil national 12.12.01 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 07.03.02 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Bieri Peter (C, ZG), für die Kommission: Die Volksinitiative «für ein ausreichendes Berufsbildungsangebot (Lehrstellen-

Initiative)» wurde am 26. Oktober 1999 mit 113 032 gültigen Unterschriften in Form eines ausgearbeiteten Entwurfes eingereicht. Ihre Behandlung hat bis spätestens am 25. April dieses Jahres in den Räten zu erfolgen. Dies ist denn auch der Grund, dass die WBK Ihnen dieses Geschäft in der Frühjahrssession vorlegt und dass die Initiative nicht zusammen mit dem neuen Berufsbildungsgesetz behandelt werden kann. Im Nationalrat hat dieses an sich sinnvolle gemeinsame Vorgehen ermöglicht, dass die zum Teil gleichen Forderungen in den beiden Vorlagen miteinander behandelt werden konnten.

Ich werde mir deshalb erlauben, auf die im jetzigen Moment der Beratung vorliegenden Beschlüsse des neuen Berufsbildungsgesetzes des Nationalrates hinzuweisen. Ich mache dies auch deshalb, weil im Nationalrat verschiedentlich darauf hingewiesen wurde, dass die von Jugendverbänden und Gewerkschaften lancierte Initiative den Werdegang des neuen Berufsbildungsgesetzes im konstruktiven Sinne beeinflusst habe, wenngleich die Initiative letztlich im Nationalrat mit 110 zu 55 Stimmen abgelehnt wurde.

In unserer Kommission hat sich der Vertreter des Initiativkomitees bei den Anhörungen zum neuen Berufsbildungsgesetz so geäußert, dass auf der Basis des nationalrätlichen Beschlusses zum neuen Berufsbildungsgesetz ein Rückzug der Initiative im jetzigen Zeitpunkt nicht infrage komme. Vielmehr sei man enttäuscht, dass der Nationalrat es nicht zustande gebracht habe, den beiden Hauptforderungen der Initianten besser Rechnung zu tragen. So weit zur Ausgangslage.

Zum Inhalt der Initiative: Die Initiative fordert die Aufnahme eines neuen Artikels 34ter in der Bundesverfassung. Darin werden zwei Forderungen erhoben:

1. Das Recht auf eine ausreichende berufliche Ausbildung sei zu gewährleisten. Dazu hätten Bund und Kantone für ein genügendes und qualitativ gutes Ausbildungsangebot zu sorgen. Diese Aufgabe könne sowohl über das duale Ausbildungssystem als auch über die vorwiegend staatliche Ausbildung gelöst werden.

2. Die andere Hauptforderung beinhaltet die Errichtung und die Organisation eines gesamtschweizerischen Berufsbildungsfonds, der in Berücksichtigung der in den Betrieben angebotenen Lehrstellen durch die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zu finanzieren wäre.

Die Initianten gehen davon aus, dass dieser Fonds jährliche Einnahmen von etwa 400 bis 500 Millionen Franken generieren würde, die für die Berufsbildung in den Kantonen verwendet werden könnten.

Der Bundesrat und Ihre vorberatende Kommission lehnen die Initiative ab. Zwar werden die aufgezeigten Mängel im heutigen Berufsbildungswesen durchaus anerkannt; es wird auch Handlungsbedarf ausgemacht. Nicht zuletzt im Hinblick auf die Lehrstellenknappheit in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre hat der Bund zusammen mit den Kantonen im Rahmen der Lehrstellenbeschlüsse I und II bereits erhebliche Anstrengungen unternommen, um strukturelle Mängel zu beheben.

Die Forderung nach einem verfassungsmässigen Individualrecht auf eine ausreichende Bildung käme nach Ansicht des Bundesrates und der Kommission einem Fremdkörper im schweizerischen Verfassungsrecht gleich. Folgerichtig würde ein solches Recht auch dazu führen, dass jede Person bei vermuteter Verletzung dieses Rechtes gerichtlich klagen könnte. In Anbetracht der Tatsache, dass in unserem Land sämtliche Jugendliche grundsätzlich Zugang zu weiterführenden Bildungen im allgemeinbildenden wie im beruflichen Bereich haben, geht diese generelle Forderung zu weit.

In unserer Kommission wurde auch reklamiert, dass sich die Botschaft mit diesem neuen verfassungsmässigen Recht eigentlich nur sehr oberflächlich auseinander gesetzt habe und der Tragweite nur ungenügend Rechnung getragen werde. So äussern sich weder die Initiative noch die Botschaft darüber, inwieweit Angebot und Nachfrage zu berücksichtigen seien und welches letztlich die Folgen eines solchen Ausbildungsrechtes in ihrer Konsequenz wären.

Trotz dieser offenen Fragen vertritt die Kommission grossmehrheitlich die Ansicht, dass ein solches Recht zu weit ge-

hen würde – mehr noch: dass es letztlich den notwendigen Marktmechanismus, der auch im Berufsbildungswesen nötig ist, empfindlich stören würde. Das für unser Land typische duale Berufsbildungswesen würde durch solche Rechtsansprüche tendenziell geschwächt, weil ein solches Recht die Ausbildung verstärkt dem Staat überbinden würde.

Im neuen Berufsbildungsgesetz, das vom Nationalrat bereits behandelt wurde, wird denn auch kein explizites Recht auf eine Berufsbildung stipuliert. In Artikel 1 wird vielmehr festgehalten, dass Bund und Kantone gemeinsam mit der Arbeitswelt ein genügendes Angebot im Bereich der Berufsbildung anstreben. Dabei wird auf das Engagement und die Mitfinanzierung durch die öffentliche Hand verwiesen. Das Berufsbildungsgesetz sieht demzufolge eine unverbindliche Formulierung vor – ich denke, dass sich unser Rat einer ähnlichen oder sogar der gleichen Formulierung anschliessen wird –, deren Gesamtwirkung jedoch vom Bundesrat, vom Nationalrat und Ihrer WBK letztlich als effizienter, flexibler und sicher auch zweckmässiger betrachtet wird.

Kommen wir zum zweiten Gegenstand der Initiative, dem gesamtschweizerischen Bildungsfonds. Auch hier greifen die Initianten vom Grundsatz her ein allgemein erkanntes Anliegen auf. Es geht zum einen darum, für die Unternehmen das Anbieten von Lehrstellen attraktiv zu machen und sie in die Bildungsverantwortung einzubeziehen. Zum anderen beobachten wir mit einiger Besorgnis eine gewisse Entsolidarisierung der Unternehmen, indem die einen ausbilden, während sich die andern um die Mitarbeit und Mitverantwortung füttern, um dann als Trittbrettfahrer junge, gut ausgebildete Berufsleute nach Abschluss der Lehre von den Lehrbetrieben abzuwerben.

Dieses Problem ist erkannt. Es sind schon verschiedenste Ideen, unter anderem auch im Fiskalbereich oder im öffentlichen Vergabewesen, studiert und entwickelt worden, wie bei diesem Phänomen Abhilfe geschaffen werden könnte. Gewisse Westschweizer Kantone kennen im Übrigen solche kantonalen Berufsbildungsfonds. Ein gesamtschweizerischer Berufsbildungsfonds, so wie er in der Initiative verlangt wird, wäre nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten umzusetzen. Der Einbezug der Lehrbetriebe könnte sich, auch wenn der Aufwand für die Ausbildung der Lehrlinge angemessen berücksichtigt würde, für die grundsätzliche Absicht der Initiative als Bumerang erweisen. Es ist zu befürchten, dass sich die Unternehmen der Mitverantwortung innerhalb des dualen Berufsbildungssystems entziehen würden, indem sie es vorzögen, anstelle der Ausbildung den bequemeren Weg über Abgaben in den Fonds zu wählen. Ein gesamtschweizerischer Berufsbildungsfonds wird als zu starres Instrument empfunden, das den berufsspezifischen und regionalen Aspekten zu wenig Rechnung trägt. Auch die Administration auf staatlicher Ebene dürfte erheblich sein. Mit Artikel 61 des neuen Berufsbildungsgesetzes, so wie es im Nationalrat beschlossen wurde, wird die Möglichkeit branchenbezogener Berufsbildungsfonds vorgesehen. Sofern die Branche einen solchen Fonds errichten will und sie über einen gewissen Organisationsgrad verfügt, kann der Bundesrat dessen Finanzierung als allgemein verbindlich erklären. Mit einer zwar weniger weit gehenden, dafür weniger etatistisch daherkommenden Lösung sind Bundesrat, Nationalrat und Ihre Kommission der Überzeugung, den tauglichen und besseren Weg gefunden zu haben.

Die Minderheit in der Kommission, vertreten durch Kollege Gentil, argumentierte, dass die Initiative das duale System nicht abschaffe, sondern vielmehr sinnvoll ergänze. Noch gebe es zu viele junge Leute, die keine Lehre absolvieren würden. Auch müsse das Recht auf Bildung nicht nur den Volksschulabgängern, sondern auch jungen Erwachsenen zubilligt werden. Herr Gentil hat im Weiteren auf das uns allen bekannte leidige Problem der trittbrettfahrenden Unternehmen hingewiesen. Der Minderheitssprecher hat zwar die Bestrebungen im neuen Berufsbildungsgesetz nach dem Beschluss des Nationalrates anerkannt. Er hat jedoch Verständnis dafür, dass es die Initianten als verfrüht ansehen, die Initiative im jetzigen Moment zurückzuziehen. Es gelte, die Weiterentwicklung des neuen Berufsbildungsgesetzes

aufmerksam zu verfolgen. In diesem Sinne wird jetzt auch Kollege Gentil seinen Minderheitsantrag begründen.

Die Kommission beantragt Ihnen mit 11 zu 1 Stimmen bei 1 Enthaltung, dem Beschlussentwurf zuzustimmen und die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Gentil Pierre-Alain (S, JU): Ainsi que vient de l'indiquer M. Bieri, rapporteur, une petite minorité vous propose de recommander au peuple et aux cantons d'accepter l'initiative «pour des places d'apprentissage». J'aimerais brièvement vous donner les trois raisons qui me conduisent à vous proposer de recommander cette approbation, non sans avoir rappelé ce que M. Bieri a eu la correction d'indiquer tout à l'heure, à savoir que l'initiative qui nous est proposée ne vise pas à remplacer le système dual, mais à lui offrir une alternative ou à le compléter. Cela mérite d'être dit en préambule.

L'initiative populaire présente trois éléments qui me semblent dignes de considération et de soutien. Le premier, comme cela a été relevé, vise à introduire au plan constitutionnel un droit à la formation. M. Bieri a insisté sur le fait que ce droit à la formation, reconnu comme principe constitutionnel, pourrait poser un certain nombre de difficultés parce que les gens seraient amenés à le revendiquer lorsqu'ils estiment qu'ils n'ont pas eu une formation adéquate. Il me semble que, comme c'est souvent le cas lorsqu'on discute de l'instauration des grands principes dans la constitution, on exagère à dessein, du côté des adversaires, les conséquences fâcheuses que pourrait avoir une plainte. Je dirai simplement aux membres de ce Conseil que la constitution du canton du Jura contient, depuis sa création, un article constitutionnel qui dit que l'Etat favorise la formation et que le Tribunal fédéral n'a pas été encombré de plaintes de gens qui se plaignaient que cet article constitutionnel n'ait pas été respecté. Il y a, chacun le sait, dans la constitution, des principes abstraits qui fixent des principes, et il est parfois un peu exagéré de prétendre qu'on va se trouver face à une horde de gens qui vont réclamer parce que leurs droits constitutionnels n'ont pas été reconnus. Cet ancrage du droit à la formation dans la constitution me paraît être un élément intéressant de cette initiative.

Il faut dire et souligner – ce sera le deuxième point sur lequel je vais un peu m'attarder – que ce problème de la formation est important, qu'il ne concerne pas seulement les jeunes. M. Bieri a rappelé les chiffres, qui sont préoccupants, dans la mesure où nous nous flattons toujours en Suisse d'avoir une main-d'œuvre extrêmement qualifiée. Mais il faut rappeler que 20 pour cent de la population active n'a pas de qualification professionnelle. Cela représente à peu près 100 000 personnes qui ont entre 16 et 25 ans. Il y en a d'autres, mais 100 000 personnes entre 16 et 25 ans n'ont pas de titre professionnel. Il y a lieu, véritablement, de souligner cette importance de la formation, et son élévation au titre de principe constitutionnel ne serait pas un luxe.

La troisième idée intéressante de cette initiative, c'est la mise en place, comme cela vous a été expliqué, d'un fonds pour la formation professionnelle. L'idée de base qui préside à la création de ce fonds est la suivante: il y a dans notre pays un certain nombre d'entreprises qui fournissent des efforts importants et appréciés pour former des apprentis et former leur personnel de manière générale. Puis il y a une autre catégorie d'entreprises qui profitent du fait que certaines forment, qui ne fournissent pas elles-mêmes ces efforts de formation, mais se contentent simplement d'offrir quelques centaines de francs de plus à l'issue de l'apprentissage aux apprentis formés par leurs concurrents. L'idée qui prévaut dans l'initiative dont nous discutons est de constituer un fonds en prélevant un montant financier sur l'ensemble des entreprises. Celles qui forment du personnel récupéreraient cette mise de fonds et celles qui ne forment pas de personnel contribueraient à l'effort de formation général.

Là aussi, on nous présente cette affaire comme un instrument d'une complexité incroyable, d'une bureaucratie délirante. C'est l'argument classique. Il faut là aussi observer

que cet instrument existe dans certains cantons, où il n'a pas donné lieu à une bureaucratie délirante. Il est toujours amusant de voir que, dans notre Conseil particulièrement, on aime beaucoup citer les cantons en exemple et on valorise leur rôle pilote. On affirme que les cantons sont les laboratoires de la démocratie, que c'est là qu'on essaie les bonnes idées pour voir si elles fonctionnent. Mais lorsque, par hasard, dans quelques cantons, il y a de bonnes idées qui marchent, on s'empresse de dire: «Ah mais attention, au niveau fédéral, ça ne marcherait pas du tout, ce serait beaucoup trop compliqué et beaucoup trop bureaucratique!» Donc on peut, si on veut, bureaucratiser tout ce qu'on veut. Je suis tout à fait d'accord avec M. Bieri: on peut imaginer un système hyper-bureaucratique et très compliqué, mais j'ai la faiblesse de penser qu'à l'image de ce qui se passe dans certains cantons, on pourrait aussi mettre au point un instrument plus souple et plus efficace qui, alors, aurait le mérite de corriger cette inégalité qui fait que certaines entreprises profitent de l'effort de formation de leurs concurrents, sans y contribuer.

Le dernier élément, c'est le problème de savoir si la loi sur la formation professionnelle que nous sommes en train de réviser constitue ou non un contre-projet indirect à cette initiative. Il faut reconnaître, et j'admets alors que M. Bieri a raison, que la loi sur la formation professionnelle, telle qu'elle est issue des travaux du Conseil national, représente une amélioration tout à fait évidente de la situation actuelle, et une amélioration qui va dans le sens de ce que demande l'initiative populaire évoquée ici. Malheureusement, il faut reconnaître que ces travaux ne sont pas achevés. Notre Chambre doit examiner cette loi. Je crois qu'on doit dire aussi que les premières discussions que nous avons eues n'ont pas un caractère absolument enthousiasmant, parce que quelques propositions qui ont été acceptées par la majorité de notre commission ne sont pas définitives encore, mais elles vont dans le sens d'une grande attention au mécanisme du marché et d'une attention moindre à la nécessité de la formation initiale ou permanente. Donc, on ne peut pas véritablement dire que cette loi constitue un contre-projet puisqu'elle n'est pas achevée et puisque certaines propositions qui ont été acceptées pour l'instant ne vont pas particulièrement dans le sens de l'initiative.

Pour l'ensemble de ces raisons, je vous propose, au nom de la minorité, de recommander au peuple et aux cantons d'accepter l'initiative, en reconnaissant que certains éléments de la loi en préparation sont favorables et mériteraient peut-être considération, mais en considérant que, pour le moment, ils ne sont pas acquis.

Langenberger Christiane (R, VD): J'aimerais revenir sur certains propos de M. Gentil. Tout d'abord, je suis partisane de ceux qui pensent que la loi fédérale sur la formation professionnelle est une réponse concrète aux revendications de l'initiative. Je comprends aussi que les initiants ne déclarent pas aujourd'hui qu'ils renoncent à leur initiative et qu'ils la retirent, étant donné que nous sommes en plein débat sur la révision de ladite loi.

Je constate que, dans le cadre des débats actuels de la commission du Conseil des Etats, nous avons dit que nous étions plutôt en faveur d'une loi-cadre. Mais nous ne renonçons pas forcément, d'entrée de jeu, à priver la loi sur la formation professionnelle de tout son contenu relatif aux places d'apprentissage et à la formation de nos jeunes. Les deux arrêtés sur les places d'apprentissage, que nous avons votés au Parlement, ont permis toute une série de promotions de places d'apprentissage, de sensibilisations de nos chefs d'entreprise, afin qu'ils engagent des apprentis, qu'ils soient d'accord aussi de sensibiliser des jeunes filles à travailler, à se lancer dans une formation, peut-être pas tout à fait habituelle, mais plutôt scientifique, technique. Les efforts qui sont faits sur Internet pour inciter les jeunes filles à ce type de formation montrent que la sensibilité est là et que, grâce aux initiants et également au travail de la Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil national,

nous sommes arrivés à motiver à la fois les milieux politiques et les milieux économiques à ce souci de formation, et à offrir aussi une formation aux moins favorisés.

C'est dans ce cadre-là que j'aimerais ajouter aux propos de M. Bieri, président de la commission, le fait que nous avons, dans l'actuel projet de loi sur la formation professionnelle, non seulement un article 1er, mais également un article 3 qui veut encourager et développer l'égalité des chances de formation au plan social et à l'échelle régionale – ce qui est aussi une réponse aux initiants. Notre système prévoit également des structures d'accueil particulières ou protégées pour les jeunes qui ne parviennent pas à se former dans le cadre du cursus standard. Donc, là aussi, il y a une attention toute particulière portée aux moins favorisés, ceux auxquels les initiants veulent accorder une attention particulière.

Je pense aussi que nous ne pouvons pas aller trop loin parce que ce serait donner des illusions à certains apprentis ou à certains jeunes qui aimeraient ou refuseraient de se former. Si on les soutenait par trop, ils tomberaient ensuite de haut, confrontés au marché de l'emploi et lors d'éventuels engagements, parce que leurs compétences ne répondraient pas aux besoins des employeurs.

Je rappelle également que nous avons l'article 11bis de la nouvelle loi fédérale sur la formation professionnelle. Je me joindrai peut-être à M. Gentil surtout dans le cadre de la deuxième délibération pour le soutenir. Cet article permet à la Confédération d'intervenir de manière ponctuelle – je dis bien: ponctuelle – en cas de déficit de l'offre de formation professionnelle. Là, je pense, encore une fois, que le Conseil des Etats et la commission devraient peut-être revoir cet article. Nous avons également, dans les articles 53 et 54, la possibilité de versements de forfaits par la Confédération aux cantons pour des prestations particulières d'intérêt public et des projets de développement de la formation professionnelle. De plus, nous avons, en Suisse romande et au Tessin, des écoles professionnelles ou de métiers qui peuvent pallier le déficit en places de formation. Enfin, l'OFFT a instauré ce fameux «Lehrstellenbarometer» qui permet de suivre de près l'évolution et d'anticiper une éventuelle détérioration de la situation.

Au sujet du fonds, je me permets de rappeler qu'à la Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil national, nous avons longuement étudié ce problème de création d'un fonds. Nous avons même fait une enquête auprès de tous les milieux intéressés: organisations professionnelles, milieux économiques, partenaires sociaux dans les différents cantons. Il y a eu une véritable cacophonie de réponses. Nous ne sommes tout simplement pas arrivés à trouver une solution porteuse, susceptible de réunir un maximum d'adhérents. D'où, finalement, le projet du Conseil fédéral d'une nouvelle loi fédérale sur la formation professionnelle qui laisse une certaine marge de manoeuvre et qui permet d'agir de manière ponctuelle en fonction des différentes branches, lesquelles peuvent évoluer de manière très différenciée. Rappelez-vous la crise des informaticiens que nous avons vécue il y a quelques années: maintenant, dans certains cantons, il y en a trop. C'est preuve que, véritablement, il faut laisser une marge de manoeuvre aux différentes branches afin qu'elles agissent de manière tout à fait ponctuelle en la matière, ainsi que laisser au Conseil fédéral la possibilité d'agir. C'est ainsi que pour ma part, je me rallie à l'article 61 du projet actuel.

Je pense donc que, à la fois avec nos prises de position passées, les arrêtés I et II sur les places d'apprentissage, mais aussi avec ce projet d'une nouvelle loi fédérale sur la formation professionnelle, les milieux économiques et les milieux politiques ont répondu aux craintes émises par les auteurs de l'initiative populaire et que l'ensemble de notre population est aujourd'hui très sensible à ce besoin de places d'apprentissage et au désir de former au mieux notre jeunesse.

Jenny This (V, GL): Ich bilde permanent etwa 15 bis 18 Lehrlinge aus, ich würde also direkt von der Initiative profitieren. Und trotzdem bitte ich Sie, diese Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Als die Initiative vor vier Jahren lanciert wurde, standen viele noch unter dem Eindruck eines drohenden Lehrstellenmangels. Das Parlament hat damals umgehend mit den Lehrstellenbeschlüssen I und II reagiert. Damals gab und heute gibt es insbesondere im Gewerbe stets offene Lehrstellen, und in vielen Betrieben mangelt es immer noch an qualifiziertem Personal.

Die Initiative verlangt nun ein Recht auf einen Ausbildungsplatz und will diese Aufgabe Bund und Kantonen übertragen. Die Berufsbildung ist aber von einer guten Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und öffentlicher Hand abhängig. Ob dies funktioniert oder nicht, ist nur – und nur! – von diesem Verbund abhängig. Selbst in Krisenzeiten hat die Wirtschaft immer bewiesen, dass sie bereit ist, Lehrlinge auszubilden, und das wird auch inskünftig so sein. Dazu bedarf es keiner staatlichen Einrichtungen.

Mit der Vorgabe, dass diese Ausbildung insbesondere an staatlichen Institutionen stattfinden soll, wollen die Initianten offensichtlich vom dualen Bildungssystem, das zwischen Praxis und Theorie ausgewogen ist, abweichen. Bereits 1986 hat das Volk die so genannte Lehrwerkstätten-Initiative, die in die gleiche Richtung zielte, abgelehnt. Die Entwicklung auf dem Lehrstellenmarkt hat dem Volk Recht gegeben.

Der zweite Punkt der Initiative – das wurde gesagt –, die Schaffung eines schweizerischen Berufsbildungsfonds, greift zwar mit der Erfassung der Trittbrettfahrer in die richtige Richtung. Es ist nicht korrekt, wenn viele, die keine Lehrlinge ausbilden, profitieren und jene, die Lehrlinge ausbilden, bezahlen müssen. Denn eines müssen wir sehen: Lehrlinge ausbilden ist kein Geschäft, kein momentanes Geschäft, aber es ist eine Investition in die Zukunft. Nur begreifen das nicht alle; insbesondere die kleinen und mittleren Betriebe wollen das nicht begreifen. Die Schaffung eines einheitlichen staatlichen Bundesfonds ist trotz dieser Trittbrettfahrer abzulehnen.

Ich möchte Sie ebenfalls bitten, die gesamte Initiative zur Ablehnung zu empfehlen.

Couchepin Pascal, conseiller fédéral: Depuis le moment où l'initiative pour des places d'apprentissage a été déposée, nous avons entrepris la révision de la loi sur la formation professionnelle. Tous les orateurs qui se sont exprimés y ont fait référence. Cette loi, nous le pensons, répond à la plupart des préoccupations des initiants et devrait permettre le retrait de l'initiative en temps opportun. Nous sommes dans une phase intermédiaire et je comprends que l'on ne veuille pas abandonner ce moyen d'obtenir une amélioration de la situation actuelle par le biais de la modification de la loi précitée.

Il n'empêche que vous devez vous prononcer sur l'initiative, et non pas sur des considérations annexes. Cette initiative, comme l'a dit M. Gentil, poursuit un certain nombre de buts. L'objectif général, nous y souscrivons. C'est en ce qui concerne la concrétisation des buts que nous divergeons. Comme les initiants, nous souhaitons que le marché soit équilibré et qu'un nombre suffisant de places d'apprentissage soit offert aux jeunes qui souhaitent suivre une formation.

Néanmoins, parler d'un droit à la formation nous paraît exagéré et risquerait d'entraîner les conséquences évoquées par M. Bieri. M. Gentil a cité la constitution du canton du Jura, que je ne connais pas. Ce qu'il en dit, c'est qu'elle contient un article qui invite le gouvernement à favoriser la formation. C'est quand même très différent par rapport à l'alinéa 1er du texte de l'initiative: «Le droit à une formation professionnelle appropriée est garanti.» Ce n'est pas simplement un soutien qu'on sollicite, mais il s'agit de donner un véritable droit subjectif.

Je l'ai dit dans différentes circonstances: il ne faut pas forcer la nature. Si vous donnez un véritable droit à la formation, vous risquez à moyen terme de provoquer une frustration au cas où il serait impossible de trouver une place de travail correspondant à la formation achevée. Un jeu subtil se joue entre le marché, les perspectives d'avenir et la volonté des

jeunes. Dans ce sens, le droit à la formation nous paraît une expression inadéquate et susceptible d'entraîner la prise de mesures contraires à l'intérêt à long terme des jeunes et des entreprises, les deux intérêts coïncidant sur une longue période.

En ce qui concerne le fonds, des expériences cantonales démontrent qu'il est possible de l'organiser. Faut-il créer un fonds fédéral unique, sans tenir compte de toutes les nuances que permettent les solutions cantonales? Nous ne voulons pas franchir ce pas. Ce n'est pas parce qu'un fonds réussit au niveau d'un canton, en fonction de ses particularités, qu'on peut dire qu'un fonds unique réussira à l'échelle de la Suisse. Nous pensons qu'une solution plus souple doit être trouvée. La solution envisagée dans la loi sur la formation professionnelle est la suivante: un fonds par branche destiné à verser les contributions de solidarité pour financer des mesures de formation professionnelle. La gestion d'un fonds unique à l'échelle suisse entraînerait une bureaucratisation du système qui ne nous paraît pas utile et pourrait même conduire à un désengagement des organisations professionnelles, ce qui n'est pas souhaitable.

En outre, il est à craindre qu'avec le développement d'offres de formation proposées par l'Etat, le lien étroit et utile qui unit la formation professionnelle à la pratique ne se distende. C'est un autre argument.

Enfin, l'argument essentiel, c'est que la loi sur la formation professionnelle est en cours de révision. C'est dans cette loi que l'on doit répondre aux soucis des initiants. Au stade actuel de la procédure, je conçois qu'on ne la retire pas, mais on doit marquer clairement la préférence pour le contre-projet indirect que constitue le projet de révision de la loi sur la formation professionnelle et recommander au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative populaire «pour une offre appropriée en matière de formation professionnelle».

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Bundesbeschluss zur Volksinitiative «für ein ausreichendes Berufsbildungsangebot (Lehrstellen-Initiative)»

Arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire «pour une offre appropriée en matière de formation professionnelle (Initiative pour des places d'apprentissage)»

Detailberatung – Examen de détail

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Art. 2

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Minderheit

(Gentil)

.... die Initiative anzunehmen.

Art. 2

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

Minorité

(Gentil)

.... d'accepter l'initiative.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 31 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 5 Stimmen

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
Für Annahme des Entwurfes 30 Stimmen
Dagegen 5 Stimmen

00.095

Embargogesetz

Loi sur les embargos

Differenzen – Divergences

Botschaft des Bundesrates 20.12.00 (BBI 2001 1433)

Message du Conseil fédéral 20.12.00 (FF 2001 1341)

Nationalrat/Conseil national 27.09.01 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 04.12.01 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 06.03.02 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 07.03.02 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 12.03.02 (Differenzen – Divergences)

Bundesgesetz über die Durchsetzung von internationalen Sanktionen

Loi fédérale sur l'application de sanctions internationales

Art. 1 Abs. 1bis

Antrag der Kommission

Festhalten

Art. 1 al. 1bis

Proposition de la commission

Maintenir

Art. 2 Abs. 1bis

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Art. 2 al. 1bis

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Reimann Maximilian (V, AG), für die Kommission: Der Nationalrat hat sich gestern als Erstrat mit den Differenzen bei diesem Bundesgesetz befasst. Zwei Differenzen hat er uns dabei hinterlassen, deren sich unsere Kommission heute früh angenommen hat.

In einem Punkt hat sich die Kommission – und zwar einstimmig – dem Nationalrat angeschlossen, nämlich in Artikel 2 Absatz 1bis, wo es um die Ausnahmen von den Zwangsmassnahmen geht. Hier hat der Nationalrat einen Kompromiss gefunden, dem wir zustimmen können. Danach besteht kein gesetzlicher Anspruch mehr darauf, dass besagte lebenswichtige Güter immer und uneingeschränkt ausgeführt werden können. Es bleibt bei der Kann-Formel. Der Bundesrat kann Ausnahmen festlegen. Die Liste der vom Boykott ausgenommenen Güter ist nicht mehr abschliessend. Dieser flexibleren Lösung haben wir uns, wie gesagt, einstimmig angeschlossen.

Festgehalten haben wir hingegen bei dem von unserem Rat in Artikel 1 eingeführten neuen Absatz 1bis. Es ist dies ein Korrelat zum Hauptzweck des neuen Gesetzes, das ja mit vollem Namen den Titel «Bundesgesetz über die Durchsetzung von internationalen Sanktionen» trägt. Die internationalen Sanktionen, die im Schosse der Uno oder der OSZE beschlossen werden und die der Bundesrat übernehmen kann, sind das eine. Das andere ist – eben ausgedrückt in unserem neuen Absatz 1bis –, dass wir Sanktionsmassnahmen auch eigenständig zur Wahrung unserer eigenen Interessen treffen können, so wie es in Artikel 184 Absatz 3 der Bundesverfassung verankert ist. Im Nationalrat wie auch in der Verwaltung vertrat man die Ansicht, dieses Zusatzes bedürfe es nicht. Er gelte eo ipso. Das stimmt. Aber wir vertra-

ten in der Kommission einstimmig die Meinung, es schade nichts, gerade auch nach der Uno-Abstimmung vom letzten Wochenende, wenn wir auch in diesem Gesetz nochmals auf unsere Eigenständigkeit im Bereich der Embargomassnahmen pochen.

Ich bitte Sie also, hier in Artikel 1 an unserer Version festzuhalten und in Artikel 2 dem Nationalrat zu folgen.

Angenommen – Adopté

01.307

**Standesinitiative Genf.
Menschenrechtsverletzungen
in Myanmar (Burma)
Initiative cantonale Genève.
Violation des droits de la personne
au Myanmar (Birmanie)**

Erstrat – Premier Conseil

Einreichungsdatum 04.09.01

Date de dépôt 04.09.01

Bericht APK-SR 10.01.02

Rapport CPE-CE 10.01.02

Ständerat/Conseil des Etats 07.03.02 (Erstrat – Premier Conseil)

Le président (Cottier Anton, président): La commission propose, par 8 voix contre 0 et avec 3 abstentions, de ne pas donner suite à l'initiative.

Saudan Françoise (R, GE), pour la commission: Je n'ai rien à ajouter au rapport écrit.

Angenommen – Adopté

*Schluss der Sitzung um 09.45 Uhr
La séance est levée à 09 h 45*

Fünfte Sitzung – Cinquième séance

Montag, 11. März 2002

Lundi, 11 mars 2002

17.15 h

02.9001

Mitteilungen des Präsidenten Communications du président

Le président (Cottier Anton, président): Je voudrais féliciter un de nos collègues; il s'agit de M. Carlo Schmid, qui fête aujourd'hui son anniversaire. (*Applaudissements*)

01.020

Gold-Initiative. Volksinitiative Initiative sur l'or. Initiative populaire

Differenzen – Divergences

Botschaft des Bundesrates 28.02.01 (BBl 2001 1403)

Message du Conseil fédéral 28.02.01 (FF 2001 1311)

Ständerat/Conseil des Etats 20.06.01 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 24.09.01 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 25.09.01 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 27.11.01 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 05.03.02 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 11.03.02 (Differenzen – Divergences)

Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Überschüssige Goldreserven in den AHV-Fonds (Gold-Initiative)» und über den Gegenentwurf «Gold für AHV, Kantone und Stiftung»

Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «pour le versement au fonds AVS des réserves d'or excédentaires de la Banque nationale suisse (Initiative sur l'or)» et le contre-projet «L'or à l'AVS, aux cantons et à la fondation»

Art. 1a Art. 197 Ziff. 1 Abs. 3

Antrag der Kommission

Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Minderheit

(Maissen, Paupe, Wicki)

Festhalten

Art. 1a art. 197 ch. 1 al. 3

Proposition de la commission

Majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

Minorité

(Maissen, Paupe, Wicki)

Maintenir

Schiesser Fritz (R, GL), für die Kommission: Nach den Turbulenzen der letzten Tage haben wir heute die letzte Diffe-

renz beim Gegenvorschlag zur so genannten Gold-Initiative zu bereinigen. Formell geht es dabei um die Frage, was – nach unseren heutigen Vorstellungen – in dreissig Jahren mit dem in seinem realen Wert zu erhaltenden Fondsvermögen zu geschehen hat. Was wir in der Sache selber auch immer entscheiden mögen: Sollte der Gegenvorschlag Verfassungsrecht werden, so dürfen wir mit Sicherheit davon ausgehen, dass die nächste Generation diese Frage vor Ablauf der Frist von dreissig Jahren noch einmal aufwerfen und allenfalls anders beantworten wird, als wir es heute tun. Das ist ihr gutes Recht.

So besehen ist die Bedeutung unseres heutigen Entscheides zu relativieren. Es sei denn, man wolle mit dem letzten Entscheid unseres Rates im Rahmen des Differenzbereinigungsverfahrens – vor einer allfälligen Einigungskonferenz – andere Zwecke verfolgen als die Entscheidung der konkret anstehenden Frage.

Zur Ausgangslage: Nach unseren Beschlüssen vom 27. November 2001, zu Artikel 1a des Bundesbeschlusses über die Volksinitiative «Überschüssige Goldreserven in den AHV-Fonds (Gold-Initiative)» und über den Gegenentwurf «Gold für AHV, Kantone und Stiftung», bestanden noch zwei Differenzen, nämlich bei den Absätzen 3 und 4. Bei Absatz 4, wo es um den Verteilschlüssel unter den Kantonen geht, ist der Nationalrat auf unsere Linie eingeschwenkt und hat unserem Beschluss zugestimmt.

Anders verhält es sich bei Absatz 3: Zwei Mal hat unser Rat beschlossen, dass das Fondsvermögen nach dreissig Jahren – sofern Volk und Stände nicht anders beschliessen – zu zwei Dritteln an die Kantone und zu einem Drittel an den Bund gehen soll. Der Nationalrat hat in der ersten Runde beschlossen, das Vermögen dannzumal vollständig dem AHV-Ausgleichsfonds zuzuführen.

Kantone und Bund sollten entgegen der heute geltenden Regelung also leer ausgehen.

Im zweiten Durchgang ist der Nationalrat von dieser Position abgerückt und hat einer Drittelslösung zugestimmt – ein Drittel AHV, ein Drittel Kantone und ein Drittel Bund. Er hat sich damit unserer Lösung angenähert. Einer der beiden Drittel, der nach unserer Regelung den Kantonen zustünde, soll somit an die AHV gehen. Der Nationalrat hat diesem Drittelsmodell mit 148 zu 29 Stimmen zugestimmt.

Ihre Kommission, d. h. eine stattliche Mehrheit der WAK, beantragt Ihnen, dasselbe zu tun. Obwohl es nicht völlig belanglos sein mag, was wir heute entscheiden, sollten wir dem Hin und Her zwischen den beiden Räten ein Ende bereiten und dem vernünftigen Beschluss des Nationalrates zustimmen. Federn lassen müssten die Kantone, wenn es dereinst zur Verwirklichung dieser Lösung käme. Wir haben Signale der Kantone erhalten, dass sie mit diesem Beschluss des Nationalrates nicht einverstanden sind.

Die Kantone und wir als Kantonsvertreter müssen uns aber gewisse Realitäten vor Augen halten: Sollte die Gold-Initiative angenommen werden, dann würden die Kantone nicht nur von den zur Diskussion stehenden Goldreserven nichts sehen, sondern auch von allen anderen Währungsreserven, welche die Nationalbank für geld- und währungspolitische Zwecke nicht mehr benötigt. Die Kantone, würden aber insbesondere auch von den Erträgen nichts bekommen, wie das im Gegenvorschlag heute vorgesehen wäre.

Aus dieser Sicht täten die Kantonsregierungen, die sich ja gemeinhin mit den Kantonen gleichsetzen, gut daran, den politischen Realitäten Rechnung zu tragen.

Die grosse Mehrheit Ihrer Kommission, nämlich 10 zu 3 Stimmen, beantragt Ihnen denn auch aus diesen und weiteren Überlegungen, dem Beschluss des Nationalrates zuzustimmen und damit die letzte Differenz zu beseitigen. Ein weiteres Hin und Her macht nur die Taschen leer!

Es ist aus den Kommissionsberatungen klar hervorgegangen, dass man trotz verstärktem Gegenwind gegen den Gegenvorschlag die Ausgangslage nun bereinigen will.

Das Ergebnis des Nationalrates ist eindeutig ausgefallen, und ich bitte Sie im Namen der Kommissionsmehrheit, die Differenz zu beseitigen und dem Antrag der Mehrheit und damit dem Nationalrat zuzustimmen.

Maissen Theo (C, GR): Wenn ich jetzt namens der Minderheit über die Vorlage betreffend Stiftung Solidarität Schweiz bzw. zur entsprechenden Verfassungsänderung spreche, möchte ich vorweg festhalten: Ich stehe nach wie vor hinter dem Projekt und der Idee der Solidaritätsstiftung. Es ist bekannt, wie es im Jahre 1997 dazu kam und was die zentralen Beweggründe für dieses Projekt waren. Im Laufe der Jahre haben wir etwas Distanz zu diesen ursprünglichen Beweggründen gewonnen, und jetzt steht eindeutig im Vordergrund, dass wir mit diesem Projekt, mit diesem Vorhaben, eine einmalige Chance haben, einen konkreten Beitrag im Kampf gegen Armut, Not und Gewalt zu leisten. Als eines der reichsten Länder der Welt kann die Schweiz hier den Tatbeweis der Solidarität erbringen.

Ich sage dies, weil unter Umständen vermutet werden könnte, mit diesem Minderheitsantrag möchte man das Projekt als solches angreifen. Das ist aber keineswegs der Fall. Wir müssen vorweg noch eine Überlegung machen: Wir diskutieren nun seit fünf Jahren über dieses Vorhaben. Wenn wir es letztlich wirklich nicht realisieren können – wir sehen, welche Diskussion es in der letzten Zeit dazu gab –, leisten wir damit innenpolitisch keinen Beitrag zur Hebung des Images des Parlamentes, und aussenpolitisch werden wir einen schlichtweg blamablen Eindruck machen.

Konkret geht es nun um die Entscheidung, was mit dem Fondsvermögen nach dreissig Jahren passiert. Es geht darum, ob wir uns für die Drittelslösung des Nationalrates entscheiden oder ob die hier im Ständerat vorgesehene Aufteilung vorgenommen wird: ein Drittel an den Bund und zwei Drittel an die Kantone.

Ich habe schon letztes Mal ausgeführt, als ich diesen Antrag vertreten habe, dass es im Grunde genommen recht hypothetisch ist, heute darüber zu beschliessen, was dann in dreissig Jahren sein könnte. Die Bundesverfassung wird ja zwischenzeitlich änderbar sein. So ist das Ganze im Grunde genommen gar nicht von so grossem Belang.

Trotzdem möchte ich feststellen – im Gegensatz zu Kollege Schiesser –, dass es für die Kantone nicht ganz unbedeutend ist, was wir beschliessen. Wir müssen uns doch noch einmal bewusst werden, dass die Kantone während dreissig Jahren auf ihren Anteil am Ertrag verzichten. Das sind jährlich rund 500 Millionen Franken, die aus den Erträgen dieses Vermögens an und für sich an sie fliessen würden. Das ist nicht nichts. Das ist für die Kantone viel Geld. Wir als Vertreter der Stände sollten dieser Leistung und der Zustimmung zu diesem Projekt seitens der Kantone auch den entsprechenden Respekt entgegenbringen.

Auf der anderen Seite steht die These, das hat auch in den Ausführungen des Kommissionssprechers angeklungen, dass mit dieser Zweidrittelsregelung die Gefahr grösser ist, dass das Ganze kippen könnte, weil verschiedene, die sonst dafür wären, möglicherweise «abspringen». Ich kann dieser These an und für sich nicht allzu viel abgewinnen. Denn es geht wirklich um das, was in dreissig Jahren möglich ist oder eben nicht. Wenn man zur Projektidee der Solidaritätsstiftung steht, dann sollte das keine so grosse Rolle spielen.

Ich werde für die Solidaritätsstiftung stimmen; ob es nun die Zweidrittels- oder die Eindrittelsregelung gibt, ist für mich dann doch nicht so zentral.

Mein Anliegen ist, dass wir das noch einmal ausdiskutieren; darum habe ich – mit zwei Kollegen zusammen – diesen Minderheitsantrag eingebracht. Wir sind es den Kantonen schuldig, die mit dem jährlichen Verzicht auf ihren Anteil von 500 Millionen Franken einen Beitrag an diese Stiftung leisten, dass wir ihre Argumente ernst nehmen.

Für mich ist allerdings die Ausgangslage klar. Wie wir auch entscheiden: Die schlechteste Lösung für die Kantone – das muss hier an die Adresse der Kantonsregierungen gesagt werden – ist die Gold-Initiative. Dann ist natürlich alles weg, denn mit der Gold-Initiative ist vorbestimmt, dass dann eben alle Währungsreserven, die – zu welchem Zeitpunkt auch immer – frei werden, ohne irgendwelche Beteiligung der Kantone in den Ausgleichsfonds der AHV gehen. Das ist für mich klar: Das ist die schlechteste Lösung für die Kantone.

Unser Anliegen ist es, die Geschichte hier noch einmal einzubringen, damit wir darüber diskutieren und uns dann im Bewusstsein der Fakten entscheiden: entweder für die Lösung «ein Drittel, ein Drittel, ein Drittel» oder eben für diese Zweidrittelslösung zugunsten der Kantone.

Ich bin der Meinung, dass wir – mit allem Respekt vor dem, was die Kantone mit dem Verzicht auf die jährlichen Erträge bereits in diese Solidaritätsstiftung einbringen – an unserem Beschluss festhalten sollten.

Cornu Jean-Claude (R, FR): Je souhaite vous présenter les raisons pour lesquelles je vous propose d'adhérer à la proposition de la majorité, à savoir de nous rallier au Conseil national, et plus généralement – puisque c'est une dernière occasion qui nous est donnée de nous exprimer sur le sujet – les raisons pour lesquelles je tiens toujours à ce contre-projet et à la Fondation Suisse solidaire, même si par rapport à la divergence que nous avons à traiter ce soir, j'aurais pu penser et je penserais que le statu quo – après trente ans un tiers à la Confédération, deux tiers aux cantons – serait plus cohérent avec la philosophie de l'ensemble du projet. Mais comme l'ont dit tant le rapporteur de la majorité que celui de la minorité, je pense qu'il ne faut pas surestimer cette question par rapport aux tenants et aboutissants de l'ensemble du contre-projet qui répond à deux questions complémentaires, mais bien plus importantes que cette question de détail, à savoir:

1. Comment combattre devant le peuple la très mauvaise, mais tentante initiative populaire de l'Union démocratique du centre?

2. Comment régler le problème du magot liquide qui est en train de se constituer par la vente des réserves devenues superflues de l'or de la BNS?

A mon sens, la meilleure réponse donnée ou envisagée à ce jour à ces différentes questions est le contre-projet à l'initiative. Pour cette première raison essentielle, je ne veux pas donner des armes, je ne veux pas donner de prétexte aux opposants de toujours à ce contre-projet et à la fondation, mais aussi aux opposants récents à ce contre-projet et à la fondation, en risquant de voir capoter le projet en Conférence de conciliation.

Déjà pour ces raisons, adhérer à la décision du Conseil national et ainsi éliminer la dernière divergence qui empêche ce projet de passer en vote final me semble primordial et nécessaire. Si, dans les trente ans desquels nous sommes, nos successeurs, pas moins brillants que nous, estimeront devoir changer la règle, ils le feront. Pour les plus jeunes d'entre nous, nous aurons même encore une chance de dire oui ou non à leurs nouvelles idées.

«Im Stöckli», dit-on toujours, on essaie de ne pas faire de politique partisane, politicienne, de ne pas faire de stratégie. On est une Chambre de réflexion! Permettez-moi d'en douter, notamment au vu de la volte-face que vous, certains collègues, êtes prêts d'amorcer ou avez amorcé par rapport à ce projet et, antérieurement, par rapport à d'autres projets. Devons-nous définitivement faire de la politique et assumer notre mandat uniquement à l'aune des succès électoraux ou en fonction des possibles succès en votation que nous pensons obtenir? Devons-nous courir après le box-office, en fonction de la pression des médias, de certaines émissions qui ne sont pas même accessibles ou compréhensibles à toute la Suisse? Devons-nous nous laisser entraîner par la dérive populiste? Ou devons-nous garder la tête sur les épaules? Pour moi et nombre d'entre vous qui continuez de soutenir l'idée du contre-projet, la réponse est vite donnée: l'initiative populaire est mauvaise; elle ne met pas de limite aux prétentions que l'on pourrait avoir année après année, face aux réserves de la BNS; elle place notre Banque nationale face à des incertitudes et des imprécisions peu compatibles avec la sérénité qui doit présider à la stratégie et ensuite aux décisions ponctuelles en matière financière et monétaire. L'initiative sur l'or donne le leurre de résoudre les problèmes de l'AVS, à tout le moins de contribuer de manière déterminante à leur résolution. Or, cela est archifaux!

L'or de la BNS peine à couvrir huit mois du coût de l'AVS. Et après, que se passera-t-il?

A l'inverse – même si mon propos ne semble pas tellement intéresser une bonne partie des membres de notre Conseil –, le contre-projet est bon. Il préserve les bijoux de famille, puisque, après trente ans, l'avoir qui est celui dont nous disposons à ce jour sera préservé. Il respecte les cantons, leurs prétentions, leurs soucis et aussi leurs responsabilités coûteuses vis-à-vis des aînés, en particulier, et de la jeunesse, autres thèmes qui sont notre préoccupation. Il contribue, certes modestement, aux soucis financiers de l'AVS. Si l'on n'a pas voulu, pour l'instant, affecter ces recettes, rien n'empêchera de rediscuter la question au niveau de la loi. Enfin, il offre à la Suisse, à notre pays et à la génération qui sera aux commandes dans dix ans déjà, une occasion unique de profiler notre pays comme exemple de gestion et de solidarité. Exemple de gestion, car les tâches de l'Etat sont réduites au nécessaire selon le vœu de la plupart; exemple de solidarité, car ce même Etat reconnaît qu'il ne peut pas, qu'il ne doit pas tout gérer. Place aux tiers, place à la société civile, place aux ONG, qui plus est avec la garantie que seule la moitié des fonds disponibles ira ou risquerait d'aller à l'étranger, puisque cela semble être une autre préoccupation de bon nombre d'entre nous. Le reste, soit les cinq sixièmes de l'or, reste et restera dans notre pays.

Une très large majorité de notre Conseil était entrée en matière sur ce contre-projet et sur la loi.

Qu'est-ce qui a changé depuis? Rien! Au contraire, j'espère que M. le président de la Confédération, notre ministre des finances, pourra nous rappeler que la Suisse se trouve bien mieux lotie aujourd'hui, en 2002, quand nous parlons de ce projet, qu'au moment où il est initialement né.

Permettez-moi enfin quelques autres arguments en faveur du contre-projet et de la fondation. Le premier de ces contre-arguments tient au niveau des promesses faites, et notamment des promesses faites à l'égard de l'étranger. Ces promesses, en tant que telles, sont plus ou moins aussi importantes, à mon sens, que le contexte dans lequel elles ont été faites. Si le passé apparaît décisif pour les personnes âgées de 45 à 90 ans, le futur apparaît comme bien plus important encore pour celles âgées de moins de 45 ans. On parle pour les personnes mûres de notre pays de traumatisme identitaire profond. Permettez-moi de vous dire une fois que c'est surtout la classe politique, les intellectuels qui seraient victimes de ce traumatisme identitaire profond et non pas les larges couches et la majorité de notre population. On nous a annoncé, à la fin de la semaine passée, que la BNS va verser un milliard de francs supplémentaire à la Confédération et aux cantons pour dix ans, si tout va bien. Et ça, c'est un élément qui devrait nous rassurer, si ce n'est nous convaincre que les cantons et leurs soucis propres ne sont pas laissés pour compte dans cette opération. Pour ceux qui voudraient voir, comme M. Maissen et la minorité, encore plus d'argent couler du côté des cantons, eh bien, grâce à cela les cantons, en tout cas pour les dix prochaines années, ne seront pas déshérités. Ensuite la Confédération pourra utiliser sa part soit pour réduire la dette, c'est une autre préoccupation de certains qui luttent contre le contre-projet, soit pour renoncer, et c'est peut-être une manière de trouver un compromis entre les différents partis et les différentes Chambres, à sa part de la TVA en faveur de l'AVS.

Pendant des années, dans la bouche des uns et des autres, on a entendu: «La Suisse veut exprimer quelque chose de fort; la Suisse doit donner un signe fort.» Quelle image donnera le Parlement s'il ne laisse même pas le peuple décider s'il veut donner ou non ce signe fort, communiquer ce message fort?

En m'excusant d'avoir été aussi long – mais le sujet me semblait mériter les longues interventions de ce soir –, j'ajoute que je fais partie de ceux qui sont pour un gouvernement et un Parlement plus politiques que gestionnaires, sans tomber dans la politique politicienne ou partisane. Je fais partie de ceux qui souhaitent définitivement que l'action politique soit tournée vers l'avenir aux niveaux éducation, re-

cherche, santé, défense, fiscalité, gouvernance, etc. Dès lors, ne cédon pas au syndrome de la «blochérite perdante» – mais à la fois gagnante –, à l'«électionnite aiguë» – non remboursée par les caisses-maladie et par l'électeur, à tout le moins à moyen terme.

Comme nombre d'entre vous – j'espère la majorité –, je préfère perdre en votation populaire après m'être battu pour un projet équilibré et d'avenir, plutôt que d'avoir gagné en cédant aux sirènes politiques et partisanes; triste comparaison avec ces belles créatures de la mer qui nous font normalement rêver.

Spoerry Vreni (R, ZH): Mit Datum vom 5. März, also letzte Woche, haben wir von der Konferenz der Kantonsregierungen eine Medienmitteilung zugestellt erhalten, in der es heisst: «Bei der jetzt durch den Nationalrat beschlossenen Abweichung zulasten der Kantone wird ein Gegenentwurf zur SVP-Gold-Initiative die Unterstützung und das Engagement der Kantone verlieren.» Dieses Anliegen nimmt Kollege Maissen mit seinem Minderheitsantrag auf.

Ich bin allerdings der Auffassung, dass diese Aussage der Kantonsregierungen, die man auch als Drohung verstehen kann, zwei Aspekte ausser Acht lässt. Zum Ersten befinden wir uns hier in der letzten Differenzbereinigung. In einem relativ langen und breit abgestützten Prozess, in den immer auch die Kantone einbezogen waren, haben wir hier in den Räten eine Lösung gefunden, die Drittel-Drittel-Drittel-Lösung, die auch von den Kantonen mitgetragen wurde.

Die Differenz, über die wir jetzt sprechen, beschlägt in keiner Art und Weise den Kerngehalt dieses Gegenvorschlages. Darum geht es überhaupt nicht mehr. Diese Differenz beschlägt ausschliesslich die Übergangsbestimmung. Es geht um die Frage, wie die real erhaltene Substanz, was dank Gegenvorschlag möglich ist, nach dreissig Jahren verteilt werden soll.

Auch Kollege Maissen hat es gesagt: Es geht eigentlich um eine untergeordnete Bestimmung, denn wohl niemand hier glaubt, dass sich unsere Kollegen und Kolleginnen in dreissig Jahren durch das gebunden fühlen werden, was wir heute entscheiden.

Sie werden ihre eigenen Bedürfnisse haben, und sie werden das Geld oder dessen Erträge genau so einsetzen, wie sie es dannzumal für richtig befinden. Obwohl wir uns also hier eigentlich um einen relativ unwesentlichen Punkt streiten, ist unser Entscheid über diesen Punkt ganz wichtig. Denn: Wenn wir hier in diesem Saal die Differenz aufrechterhalten, dann müssen wir in eine Einigungskonferenz gehen, und die Gefahr – oder vielleicht aus gewisser Optik die Chance –, dass dann in einer Einigungskonferenz eben keine Einigung erzielt wird und das ganze, sorgfältig erarbeitete Konzept ausser Abschied und Traktanden fällt, ist real.

Damit komme ich zum zweiten Aspekt aus der Sicht der Kantone: Ist denn das im Interesse der Kantone? Ist es denn im Interesse der Kantone, dass wir keinen Gegenvorschlag vorlegen können, einen Gegenvorschlag, den diese Kantone – ich wiederhole es nochmals – in seiner Substanz unterstützt haben? Ich frage, wie denn die Stimmberechtigten die Gold-Initiative ablehnen sollen, wenn ihnen keine Alternative für die Verteilung von Geld, das zum Abholen daliegt, offeriert wird. Das Geld liegt zum Abholen bereit! Und wenn wir lediglich die Frage der Goldverteilung zugunsten der AHV stellen, dann ist es doch so, dass die Stimmberechtigten wohl «den Spatz in der Hand» nehmen, weil sie ja nicht wissen, was bei einer Ablehnung sonst passieren soll. Wenn aber die Gold-Initiative angenommen wird, so heisst das für die Kantone, dass sie nichts erhalten, schlicht nichts. Sie erhalten von diesen 1300 Tonnen Gold nichts in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren und auch nicht nach dreissig Jahren, denn die Gold-Initiative ist nicht auf Substanzerhaltung ausgerichtet.

Die Gold-Initiative ist darauf ausgerichtet, eine Mehrwertsteuererhöhung etwas zu verschieben oder weniger hoch ausfallen zu lassen. Wenn aber das das Ziel ist, dann heisst es, dass damit die 20 Milliarden Franken aufgebraucht wer-

den, anders ist es gar nicht möglich, und dann haben wir schon in zehn und nicht erst in dreissig Jahren nichts mehr, was wir von diesem Volksvermögen – und ich teile diese Ansicht, es ist Volksvermögen – der nächsten Generation als eiserne Reserve hinterlassen können, wie das guter schweizerischer Brauch ist.

Selbst wenn in einer Gesetzgebung zur Gold-Initiative – was ich nicht ganz ausschliessen möchte – noch eine Art Substanzerhaltung hineingebracht wird, obwohl die Initiative im Gegensatz zum Gegenvorschlag das nicht als Ziel anvisiert, glaube ich nicht, dass nach dreissig Jahren dieses Geld der AHV entzogen wird und vollumfänglich den Kantonen oder dem Bund zufliesst, wie sich das die Kantonsregierungen im Moment vorstellen.

Ich komme zum Fazit: Der Gegenvorschlag liegt im Interesse der Kantone, selbst mit dem Kompromiss bei der Übergangslösung, den wir jetzt im Differenzbereinigungsverfahren treffen müssen, um den Gegenvorschlag, der im höchsten Interesse der Kantone liegt, überhaupt zu retten. Wenn Sie deshalb mit der Mehrheit der vorberatenden Kommission den Gegenvorschlag retten wollen, dann müssen Sie die Differenz jetzt bereinigen.

Erstens, um keinen Schiffbruch in einer Einigungskonferenz zu erleiden, zweitens aber auch, um den Stimmberechtigten die Möglichkeit zu geben, die beiden Konzepte – Gold-Initiative auf der einen Seite, Gegenvorschlag des Parlamentes auf der anderen Seite – gegeneinander abzuwägen. Ich wünsche mir, dass die Stimmberechtigten dazu Stellung nehmen können:

Deswegen bitte ich Sie, der Mehrheit der Kommission zu folgen und die Differenz zum Nationalrat zu eliminieren.

Lauri Hans (V, BE): Ich bin mir durchaus bewusst, dass wir teilweise eine Diskussion wiederholen, die wir bereits im letzten November geführt haben. Trotzdem gestatte ich mir, noch einmal auf die besondere Stellung zurückzukommen, welche die Kantone in diesem Geschäft haben.

Dass die Kantone unter dem geltenden Verfassungsrecht einen Anspruch auf zwei Drittel der ausgeschütteten Nationalbankgewinne haben, dürfte inzwischen weitgehend unbestritten sein. Völlig unbestritten dürfte sogar sein, dass die jetzt zur Diskussion stehenden Goldreserven thesaurierte Gewinne früherer Zeiten darstellen, die, wären sie ausbezahlt worden, ebenfalls zu zwei Dritteln an die Kantone gegangen wären. Damit ist der grundsätzliche Anspruch der Kantone auf ihren Anteil an diesen Reserven ausgewiesen. Aus eigenem Entschluss haben die Kantone ganz zu Beginn der Auseinandersetzung um die Stiftung darauf verzichtet und sich mit einem Drittel begnügt.

Dass der Nationalrat jetzt aber noch einen Schritt weiter gehen und den Anspruch nach dreissig Jahren bei einem Drittel belassen will, geht doch sehr weit. Natürlich kann man die ganze Auseinandersetzung etwas infrage stellen und die Frage aufwerfen, wen es denn heute schon interessiert, was in dreissig Jahren geschehen werde.

Man kann, wie verschiedene Sprecher im Nationalrat, noch weiter gehen und vielleicht sogar etwas maliziös anmerken, es seien ja nur die Finanzdirektoren der Kantone, die sich noch für die kantonale Politik einsetzen. Das ist indessen nicht richtig.

Es geht um mehr: Nicht bloss eine kantonale Direktorenkonferenz, sondern die Kantone selbst haben mit einem Entscheid im Rahmen der Konferenz der Kantonsregierungen in der letzten Woche ihren Widerstand gegen die Lösung des Nationalrates bekräftigt. In diesem Gremium wird nach Instruktion, also nach vorgängigen Regierungsentscheiden, abgestimmt. Eine grosse Mehrheit der Regierungen votierte für die Lösung, die unser Rat im letzten November verabschiedet hatte und bei der er jetzt mit gutem Grund auch bleiben könnte.

Setzen wir uns heute Montag, wie vor uns der Nationalrat, einfach darüber hinweg, so wird das für die Kantone zumindest psychologisch ein sehr schlechtes Zeichen sein – unabhängig davon, dass wir über eine Frage entscheiden, die

erst in dreissig Jahren von Bedeutung sein wird. Die Kantone werden sich nämlich nach ihrem klaren Positionsbezug die Frage stellen, welchen Stellenwert sie in der Bundespolitik haben. Sie, die zusammen mit dem Bund letztlich die entscheidende Verantwortung für Planung und Vollzug der öffentlichen Aufgaben haben, werden, trotz grosser Geschlossenheit, deutlicher Äusserung und klarer verfassungsrechtlicher Ausgangslage, in einem Entscheid von Bern nicht zur Kenntnis genommen. Das ist nicht unbedenklich. Ich kann mir vorstellen, dass sich eine Haltung des Parlamentes im Sinn der Mehrheit für uns schon bald negativ auswirken könnte. Bei dieser Gelegenheit muss ich einmal mehr in einer aktuellen Diskussion auf die bevorstehenden, voraussichtlich schwierigen Verhandlungen über den neuen Finanzausgleich hinweisen.

In diesem für unsere staatlichen Strukturen und für die zukünftige Aufgabenerfüllung entscheidenden Geschäft werden für die Kantone sehr wichtige Fragen auf Verfassungs- und vor allem auf Gesetzesstufe zu regeln sein: beispielsweise die Verpflichtung des Bundes, das System des Finanzausgleiches zuverlässig und nachhaltig mit einmal festgelegten Mitteln zu alimentieren; oder der Schutz der Geberkantone vor immer weiter gehenden Forderungen; oder die Versicherung der Kantone, dass der Bund in den Jahren nach der Inkraftsetzung des Ausgleiches nicht weiterhin die Regeln der Subsidiarität verletzt und laufend im Zuständigkeitsbereich der Gliedstaaten legiferiert.

Ich will selbstverständlich die heute zur Diskussion stehende Frage rund um die Goldverwendung nicht dramatisieren. Die aufgeworfene Frage nach der Verlässlichkeit des Bundes gegenüber den Kantonen ist aber ernst zu nehmen, und sie wird uns im Rahmen des neuen Finanzausgleiches, so glaube ich, schon bald in einem wesentlich grösseren und wichtigeren Zusammenhang wieder gestellt werden.

Brunner Christiane (S, GE): Permettez-moi aussi de m'exprimer en tant que non-membre de la commission, peut-être de manière moins longue que mes préopinants, mais avec d'autant plus de véhémence.

On est en train de discuter du tiers – du tiers! – dans trente ans! C'est là l'objet de notre débat maintenant au Conseil des Etats! Je ne peux pas m'empêcher d'avoir un immense sentiment de malaise. On sait qu'à l'heure actuelle il y a une situation de confusion totale, où la population ne sait même plus, quand on rend compte de notre débat, de quoi on parle: si c'est de l'or, des gains de la Banque nationale, si c'est des finances de l'AVS ou encore de solidarité au sens restreint ou de solidarité au sens large.

Cette situation de confusion est dommageable à la Fondation Suisse solidaire et à l'idée qui la sous-tend et qui la soutenait depuis le début. Elle est dommageable à la dignité de la politique, non seulement de notre Conseil, mais, de manière générale, de notre Parlement. Elle est dommageable à l'égard de notre image, à l'égard du reste du monde. Je crois aussi qu'elle ne sert en rien à forger la volonté politique populaire. Je suis déçue des débats de ces derniers temps, du niveau du débat où nous sommes ce soir à nous dire «Voyons, qu'est-ce qu'on fera dans trente ans?», alors que, dans le fond, on essaye, j'allais dire, presque de se refiler la question de la Fondation Suisse solidaire comme une pomme de terre chaude, en disant – comme vous venez de le dire, Madame Spoerry, comme un débatteur l'a dit à «Arena» l'autre soir –: «Finalement, on veut un contre-projet puisqu'on ne veut pas de l'initiative sur l'or déposée par l'Union démocratique du centre, mais on est contre ce contre-projet.» Alors, on veut un contre-projet pour que le peuple tranche, mais on ne veut pas du contre-projet que notre propre Parlement décide!

Eh bien, je vous assure que personne ne peut comprendre ce genre de choses de la part de notre Parlement. Ce n'est pas digne de notre travail. Si notre Parlement décide d'un contre-projet, nous devons être derrière ce contre-projet, puisque c'est ce que nous voulons. C'est nous qui l'avons élaboré! Alors, nous le voulons, nous le portons!